

**FREIHEIT UND "BEFREIUNG".
GIBT ES EINE RANGORDNUNG DER MENSCHENRECHTE?**

I. "Grave Violations" und notstandsfeste Bürgerfreiheiten

Die Frage nach einer Rangordnung der Menschenrechte findet einige Anknüpfungspunkte im Völkerrecht. Dieses unterscheidet zunächst zwischen einfachen und schweren Menschenrechtsverletzungen ("grave violations").

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen hat 1980 die schweren Menschenrechtsverletzungen als "international crimes" - Völkerrechtsverbrechen - aus den Völkerrechtsdelikten herausgehoben. Das Verbot von schweren Menschenrechtsverletzungen gilt als objektives Völkerrecht - unabhängig davon, ob die verletzenden Staaten die Konventionen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert haben oder nicht; es gilt unabdingbar - jus cogens - und als Verpflichtung gegenüber allen - erga omnes -, d.h. es werden nicht nur die Rechte der Betroffenen, sondern zugleich auch die Rechte der Staatengemeinschaft verletzt.

Rechtsfolge ist die Zulässigkeit von Sanktionen, die dann keine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des betroffenen Staates darstellen. Zwar ist die Anwendung militärischer Gewalt auch in solchen Fällen nicht zulässig, wohl aber die sog. Retorsion - die unfreundliche Reaktion - und die Repressalie, d.h. ein Eingriff in völkerrechtliche Rechtsgüter des Verletzerstaates, um Beugezwang auszuüben, z. B. wirtschaftliche Sanktionen.¹

Einhellige Anerkennung als "schwere" Menschenrechtsverletzung haben bisher nur drei Tatbestände gefunden: der Völkermord, die Sklaverei und die Apartheid. Es gibt andere Tatbestände, die diesen an Schwere an sich nicht nachstehen, z. B. Ermordung von Bevölkerungsschichten (wie im Kambodscha Pol Pots), Ausrottung von Religionsgemeinschaften (wie z. B. der Zeugen Jehovas in Kuba) explosives Spielzeug (wie in Afghanistan), politischer Mißbrauch der Psychiatrie (wie in der

1 Vgl. hierzu Bruno Simma, "Menschenrechtspolitik mit wirtschaftlichen Mitteln: Ihr völkerrechtlicher Rahmen", in: *Menschenrechte und wirtschaftliche Gegenleistungen*, 1987, S. 73 ff., 79; Menzel/Ipsen, *Völkerrecht*, § 61, III. 1.; so auch Verdross/Simma, *Universelles Völkerrecht*, 2.3.9.2 a); sowie grundsätzlich zur Frage der Menschenrechtsgeltung im Völkerrecht und zu "grave violations": Wengler, *Völkerrecht*, Bd. II, S. 1023 ff.; auch Rudolf Bindschedler, "Schutz der Menschenrechte und Verbot der Einmischung", in: *Festschrift für Schlochauer*, S. 184 ff.

Sowjetunion), vom Staat zugelassene Folter und willkürliche Verhaftung u.ä. (wie in zahlreichen rechten und linken Diktaturen der Dritten Welt).

Im Blick auf diese Fälle hat sich aber ein völkerrechtlicher Konsens, der für die Entstehung objektiven Völkerrechts Voraussetzung ist, bislang nicht herstellen lassen. Der im Völkerrecht angewandte Maßstab der "Schwere" von Menschenrechtsverletzungen beruht eben nicht allein auf dem Grad der Unmenschlichkeit, sondern es muß hinzukommen, daß sich Ost, West und die Dritte Welt über die Einbeziehung einigen können. Bestrebungen, den Kreis der als schwer anerkannten Menschenrechtsverletzungen schrittweise auszudehnen, stoßen aber naturgemäß auf den Widerstand derjenigen Staaten, die solche Unmenschlichkeiten verüben, unterstützen oder sich für alle Fälle vorbehalten wollen.

Ein weiterer völkerrechtlicher Anknüpfungspunkt findet sich im Notstandsvorbehalt (Art. 4) des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte von 1966. Hiernach dürfen zwar die meisten Bürgerrechte außer Kraft gesetzt werden, wenn ein öffentlicher Notstand, der das Leben der Nation bedroht, dies unbedingt erfordert und der Ausnahmezustand amtlich verkündet ist. Ausgenommen sind jedoch eine Reihe von Rechten, die selbst im Notstandsfall fortgelten, nämlich: Das Verbot der Diskriminierung allein nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion oder sozialer Herkunft, die Verbote willkürlicher Tötung, der Folter, der Sklaverei, der Leibeigenschaft und des Entzugs der Rechtsfähigkeit; der Grundsatz "keine Strafe ohne Gesetz" sowie die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Auch die Europäische Menschenrechtskonvention macht einen Notstandsvorbehalt (Art. 15), erklärt aber eine Reihe von Menschenrechten für notstandsfest, nämlich die Verbote der willkürlichen Tötung, der Folter, der Sklaverei sowie den Grundsatz: Keine Strafe ohne Gesetz.

Indem diese Bürgerrechte als "notstandsfest" gelten, wird ihnen Vorrang zuerkannt vor anderen Bürgerrechten, z. B. dem Habeas Corpus-Prinzip, dem Recht auf unabhängige und unparteiische Richter, den Rechten des Angeklagten und des Gefangenen, der Freizügigkeit, dem Recht auf Ausreise und Heimkehr, den Ausländerrechten, dem Schutz der Privatsphäre, der Meinungs- und Pressefreiheit, der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Ehe und Familie, den staatsbürgerlichen Rechten und den Minderheitenrechten.

Das Völkerrecht kennt also, zusammenfassend, unter den Bürgerrechten eine dreistufige Rangordnung: erstens solche, deren Verletzung als "grave violation" gilt und völkerrechtliche Sanktionen erlaubt, zweitens die "notstandsfesten" Bürgerrechte, drittens die übrigen bürgerlichen und politischen Menschenrechte. Die Frage, welche Menschenrechte in welche Kategorien gehörten, befindet sich noch in der Entwicklung. Die bisher gegebenen Antworten sind noch unausgereift und durch allerlei Interessen verzerrt. Das Schema als solches aber hat eine natürliche Evidenz und hat deshalb globale Anerkennung gefunden.

II. Personale und wirtschaftliche Bürgerfreiheiten

Unter den bürgerlichen Grundfreiheiten hat sich darüber hinaus in den Verfassungsordnungen der westlichen Demokratien eine weitere Abstufung herauskristallisiert. Sie unterscheidet danach, wieweit sich die Grundfreiheiten auf die Integrität der Person und wieweit sie sich auf das wirtschaftlich und gesellschaftlich vermittelte Handeln beziehen. Der Grundsatz lautet: Je personnäher das Rechtsgut, desto unbedingter der Rechtsschutz. Die weniger personenbezogenen, stärker sozialbezogenen Freiheitsrechte stehen zwar auch nicht zur Disposition des Gesetzgebers, aber sein Spielraum zu ihrer Einschränkung ist nach Umfang und Intensität größer. Er kann z. B. generell Eigentum und Erbrecht unter sozialen Gesichtspunkten beschränken, die Berufsausübung regeln, die unternehmerische Betätigung einschränken, während er in die körperliche Integrität, in die Intim- und Privatsphäre, die geistige Freiheit und die Freiheit der Wohnung nur ausnahmsweise und nur unter strengen Voraussetzungen eingreifen darf.

Auch für diese Abstufung gibt es einen völkerrechtlichen Anhaltspunkt: Der UN-Pakt über bürgerliche und politische Freiheitsrechte umfaßt nämlich überhaupt nur die personenbezogenen Freiheitsrechte. Die stärker sozialbezogenen kommen darin überhaupt nicht vor: weder Eigentum und Erbrecht, noch Berufsfreiheit und Gewerbefreiheit, noch Investitions- und Unternehmerfreiheit.²

Aber auch zwischen den westlichen Demokratien ist die Sozialbindung der wirtschaftsbezogenen Freiheitsrechte im Grundsatz nicht streitig: lediglich im Grade der Sozialbindung gibt es Unterschiede: sie ist z. B. in der Bundesrepublik stärker als in den USA.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes unterscheidet sogar bei einem und demselben Grundrecht die stärker personenbezogenen und die stärker sozialbezogenen Elemente und gewährt dem Gesetzgeber größere Eingriffsbefugnisse bei den sozialbezogenen. So umfaßt z. B. das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 I) sowohl den Kernbereich des Persönlichkeitsrechts, die Intim- und Privatsphäre, die so gut wie gar nicht angetastet werden darf, als auch die Unternehmensfreiheit, die der Gesetzgeber umfassend regeln darf. Entsprechend ist der Schutz des Eigentums wesentlich stärker, soweit es um das persönliche Eigentum geht, während das Anteils- und Unternehmenseigentum wegen seines sozialen Bezugs einem weit ausgelegten Recht des Gesetzgebers zur Inhalts- und Schrankenbestimmung unterliegt. Entsprechende Unterschiede gelten für die Vereinigungsfreiheit, je nach dem, ob es sich um Personenvereinigungen oder um Kapitalgesellschaften handelt, oder für die Berufsfreiheit, je nach dem, ob sie von Individuen oder von größeren Unternehmen ausgeübt wird. (Das Bundesverfassungsgericht hat diese Gesichtspunkte besonders eingehend im sog. Mitbestimmungs-Urteil dargelegt - BVerfGE 50, 290 ff.)

2 Gewiß, dieser Verzicht beruht auf einem Kompromiß: die westlichen Demokratien hätten auch diese Freiheitsrechte gerne als international anerkannte Bürgerrechte verankert, fanden dafür aber nicht die erforderliche Mehrheit und beharrten nicht darauf, um den Pakt über die personenbezogenen Freiheiten nicht zu gefährden.

Die Unterschiede wirken sich u.a. aus in Fragen des sog. Prognosespielraums des Gesetzgebers und der Frage, ob die materielle Beweislast beim Gesetzgeber oder beim Gesetzesadressaten liegt.

Der dahinterstehende Gedanke ist der der sog. wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes. Dieser geht davon aus, daß die wirtschaftspolitischen Kontrollen zugleich Gegenstand des demokratischen Parteienstreits sind. Das Demokratieprinzip verlangt die Unparteilichkeit des Grundgesetzes und die Gleichberechtigung der Parteien und der parteipolitischen Meinungen, unabhängig von ihrer sachlichen Qualität. Dem Gesetzgeber muß, je nach den wechselnden Mehrheitsverhältnissen, der nötige Spielraum zu wirtschaftspolitischen Experimenten und deshalb zu Eingriffen in die wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten verbleiben. Dieser Spielraum ist nicht unbegrenzt: auch die wirtschaftsbezogenen Grundrechte sind in ihrem Kernbereich unantastbar. Mit Recht hat z. B. die jüngste päpstliche Sozialenzyklika das Recht auf unternehmerische Initiative als ein wichtiges Recht nicht nur für den einzelnen, sondern auch für das Gemeinwohl betont³. Aber die Sozialbindung der wirtschaftsbezogenen Bürgerfreiheiten bewirkt, daß sie in Intensität und Umfang wesentlich flexibler der Eingriffsbefugnis des Gesetzgebers ausgesetzt sind, je nach seiner wirtschaftspolitischen Konzeption. Zu dieser Stellung zu nehmen, ist nicht Aufgabe des Verfassungsgerichts, sondern des Wählers: Dieser soll mit verschiedenen wirtschaftspolitischen Modellen seine eigenen Erfahrungen sammeln und seinem eigenen Urteil Geltung verschaffen können.

III. Politische und andere Bürgerfreiheiten

Dieser Gesichtspunkt gibt uns zugleich einen Anhaltspunkt zur Einstufung der politischen Grundfreiheiten, insbesondere des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und der zugehörigen Rechte, die einen freien, demokratischen Wahlkampf gewährleisten, wie Parteigründungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit usw.. Wenn der Wähler über Umfang und Intensität der wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten mitentscheiden soll, so bedeutet das zugleich, daß die politischen Grundfreiheiten Vorrang vor diesen haben müssen. Wird dieser Vorrang nicht anerkannt, wird vielmehr den wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten Vorrang vor den politischen eingeräumt, so führt dies zu Erscheinungen wie dem Putsch in Chile von 1973, also zur Abschaffung der Demokratie, um sozialistische Wirtschaftsexperimente abzubauen. Daß damit gegen eine der Natur der Sache immanente Rangordnung der Menschenrechte verstoßen wurde, zeigt sich an den politischen Folgen: Die Wirtschaftsexperimente Allendes waren im Begriff, Erfahrungen zu vermitteln, aus denen die Chilenen wichtige wirtschaftspolitische Lehren hätten ziehen und bei künftigen Wahlen zur Geltung bringen können: ganz Lateinamerika hätte mitgelernt. Statt dessen verbreitete sich nun der Mythos, der Sozialismus Allendes würde zur Überwindung der Armut geführt haben, wenn er hätte weitergeführt werden können. Die wirtschaftspolitischen Erfolge, die man sich von der Diktatur versprochen hatte,

3) *Sollicitudo Rei Socialis* 15, 2 und 42, 5.

blieben aus, statt dessen wurden außer den wirtschaftsbezogenen auch die personenbezogenen Grundfreiheiten massiv verletzt. So hat die Mißachtung der natürlichen Rangordnung der Menschenrechte einen verheerenden und nicht wieder gutzumachenden Schaden für den ganzen Kontinent gestiftet.

Die politischen Grundfreiheiten gehen also zwar den wirtschaftsbezogenen, nicht aber den personenbezogenen vor; sie haben deren Geltung im Gegenteil zur Grundlage. Denn freie demokratische Wahlen setzen voraus, daß die Menschen frei und furchtlos ihre Meinungen äußern, sich organisieren und versammeln können. Wo es hingegen die personalen Grundfreiheiten nicht gibt, sind auch die politischen Grundfreiheiten gegenstandslos. Wenn man es etwas vereinfacht in eine Formel bringen darf: Der Rechtsstaat geht der Demokratie voraus. Es lief in der Geschichte so ab, aber es kann auch aus den natürlichen Sachgesetzmäßigkeiten heraus nicht anders sein. Zwar können, wenn einmal das Fundament freiheitlicher Demokratie gelegt ist, demokratische Wahlen zu einer weiteren Fortentwicklung auch der personalen Grundfreiheiten führen. Dies setzt aber voraus, daß der Mindeststandard an personaler Freiheit, der den demokratischen Meinungskampf erst ermöglicht, schon besteht.

Wir finden also im Blick auf die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte, wenn man von solchen Differenzierungen einmal absieht, eine dreistufige Rangordnung: Das Fundament bilden die personalen Grundfreiheiten. Sie sind Voraussetzung für die politischen Grundfreiheiten, während die wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten diesen nachgeordnet sind. Berücksichtigt man ferner, daß das Völkerrecht innerhalb der personalen Grundfreiheiten eine dreistufige Rangordnung kennt, so kommen wir zu folgendem Stufenbau: 1. Die absoluten Grundfreiheiten, deren Verletzung als "grave violation" gilt, 2. die notstandsfesten Grundfreiheiten, 3. die übrigen personalen Grundfreiheiten, 4. die politischen, 5. die wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten.

IV. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Staatspflichten

Auf welcher Stufe sind die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einzuordnen? Diese Menschenrechte sind nicht zu verwechseln mit den wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten, wie Eigentum, Berufsfreiheit usw., die zu den bürgerlichen Menschenrechten gehören und die der Bürger vor Gericht geltend machen kann. Es heißt zwar, jeder habe ein Recht auf soziale Sicherheit, angemessenen Lebensstandard, Nahrung, Gesundheit, Bildung. Das besagt jedoch nicht, daß er es vom Staate einklagen kann, sondern nur, daß dem Staate einseitig Verpflichtungen obliegen. Denn die Verwirklichung dieser Rechte hängt von Akten der Gesetzgebung, von der Organisation der Verwaltung und den Bedingungen des Staatsbudgets ab, und hierüber können nicht Richter, sondern nur Regierung und Gesetzgeber entscheiden; folglich kann der Bürger - jedenfalls in aller Regel - auch nicht durch Anrufen der Gerichte die Verwirklichung dieser Rechte erzwingen. Der Pflicht von Regierung und Gesetzgeber, die Entwicklung des Landes zu fördern, stehen keine subjektiven Rechte des Bürgers gegenüber. Die Verwendung des Begriffes

"Menschenrechte" für einseitige Staatspflichten ist daher nur in einem übertragenen Sinne zu verstehen. Der grundsätzliche Unterschied zwischen den bürgerlichen und politischen Menschenrechten einerseits und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten andererseits ist u.a. darin zum Ausdruck gekommen, daß die Vereinten Nationen im Dezember 1966 zwei voneinander getrennte Konventionen für die beiden Typen von Menschenrechten verabschiedet und den Staaten zur Ratifizierung vorgelegt haben.

Die Konvention über bürgerliche und politische Menschenrechte umfaßt den seit der Aufklärung überkommenen klassischen Katalog von Menschenrechten, wenn auch ergänzt und verfeinert. Er beruht auf dem Grundgedanken der Gewaltenteilung. Die exekutive Staatsgewalt ist durch Verfassung und Gesetze gebunden, die nicht von ihr selbst, sondern von einem anderen Organ erlassen werden und über die sie deshalb nicht nach Willkür verfügen kann. Unabhängige Richter sollen die Einhaltung von Verfassung und Gesetz kontrollieren. Gewaltenteilung genügt zwar nicht, um die Menschenrechte zu sichern, sie ist keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung dafür. Nicht alle gewaltenteilenden Staaten achten die Menschenrechte, aber alle Staaten, die sie achten, beruhen auf Gewaltenteilung; und es gibt keinen nicht-gewaltenteilenden Staat, der sie achtet, und kann ihn nicht geben. Denn nur wenn die Staatsgewalt überhaupt ans Recht gebunden ist, kann sie auch an Menschenrechte gebunden sein. Ohne Gewaltenteilung aber gibt es keine Rechtsbindung der Exekutivgewalt; es herrscht Willkür, im Kantischen Sprachgebrauch: Despotie, ob sie nun grausamer oder milder ausgeübt wird. Die bürgerlichen und politischen Rechte sind nicht nur einseitige Verpflichtungen des Staates. Vielmehr stehen diesen Pflichten subjektive Rechte gegenüber, die der Bürger vor Gericht einklagen kann.

Die andere Konvention, die über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, stellt demgegenüber nur einseitige Forderungen an den Staat. Diese Staatspflichten sind folglich auf Gewaltenteilung nicht angewiesen. Sie können auch von absoluten Monarchien, von Führerstaaten, Militärdiktaturen oder revolutionären Parteidiktaturen verwirklicht werden, wenn sich diese wohlwollend um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Volkes bemühen.

Den Unterschied zwischen diesen beiden Typen von Menschenrechten bringen die beiden UN-Konventionen auf folgende Weise zum Ausdruck: Im Pakt über bürgerliche und politische Rechte heißt es:

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die in diesem Pakt anerkannten Rechte zu achten, ... dafür Sorge zu tragen, daß jeder, der in seinen in diesem Pakt anerkannten Rechten oder Freiheiten verletzt worden ist, das Recht hat, eine wirksame Beschwerde einzulegen ... (Er) verpflichtet sich, ... den gerichtlichen Rechtsschutz auszubauen (Art. 2 I u. II).

Diese Menschenrechte gelten also unmittelbar und unbedingt.

Hingegen heißt es in der Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte:

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, ... unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen (Art. 2 I).

Diese Rechte haben also keine unmittelbare und unbedingte Geltung, sondern den Charakter von Programmsätzen und Zielsetzungen. Erreicht der Staat diese Ziele nicht, so kann er immer geltend machen, er habe seine Möglichkeiten ausgeschöpft, er strebe die Ziele nach und nach und mit allen geeigneten Mitteln an. Es geht um Staatspflichten, für die der Begriff "Rechte" nicht im streng juristischen, sondern nur in einem übertragenen Sinne Verwendung findet.

Die beiden Konventionen der Vereinten Nationen sehen keine Rangordnung beider Typen von Menschenrechten vor. Vielmehr sollen beide Menschenrechtskonventionen von möglichst allen Mitgliedsstaaten ratifiziert und eingehalten werden. Sie stehen gleichberechtigt nebeneinander. Dies ist der völkerrechtliche Stand der Dinge, beruhend auf dem Erkenntnisstand von 1966.

V. "Befreiung":

Vorrang der Staatspflichten vor den Bürgerfreiheiten

Seither hat sich im Blick auf die sog. Dritte Welt, vor allem auf Lateinamerika, eine politische Alternativ-Konzeption in den Vordergrund geschoben, derzufolge die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Staatspflichten Vorrang vor den bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten hätten. Erst müsse der Staat für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung und Gesundheit sorgen - also für die elementaren Lebensnotwendigkeiten. Dann erst, in zweiter Linie, könne man über die bürgerlichen und politischen Menschenrechte reden. Denn bei ihnen gehe es nicht um die Fundamente des Lebens überhaupt, sondern um ergänzende Annehmlichkeiten, um individuelle Bedürfnisse, um moralische Fragen usw.. Wie es Bert Brecht einmal drastisch formuliert hat: "Erst kommt das Fressen, dann die Moral".

Der Konzeption von der Gleichrangigkeit der bürgerlichen und sozialen Menschenrechte wird entgegengehalten, sie gewährleiste das Recht, in schöner Freiheit zu verhungern, zu verkommen, zu verelenden - ergänzt um das Recht der Besitzbürger, ihren Wohlstand auf Kosten der Ausgebeuteten und Abhängigen zu vermehren. Die bürgerlichen und politischen Menschenrechte erscheinen so als ein individualistischer Luxus. Sie werden von einigen als ganz entbehrlich, von anderen als zumindest zweitrangig angesehen - zweitrangig sowohl der sachlichen als auch der zeitlichen Priorität nach. Entwicklung habe Vorrang vor der Freiheit.

Diese Theorie wird meist vertreten unter dem Stichwort "Befreiung". Zwar wird die Idee der Befreiung auch von der demokratischen Aufklärung und von der christlichen Soziallehre in Anspruch genommen und hat in der Theologie darüber hinaus einen spezifischen, vor allem von Paulus geprägten Inhalt. Hier aber geht es um einen politischen und theologischen Begriff der "Befreiung", der sich zu dem traditionellen Begriff kritisch, ja oppositionell verhält: "Befreiung" bedeutet ein Alternativ-Konzept zur Befreiung durch den demokratischen Verfassungsstaat und die christliche Soziallehre.

Für die Entwicklungsländer empfehle sich vielmehr eine Staatsstruktur, in der die Gewaltenteilung und damit die Bindung an bürgerliche und politische Rechte aufgehoben ist. Als Modelle gelten die sog. Befreiungsstaaten, wie z. B. die So-

wjetunion, Nordkorea, Kuba und Nicaragua. Denn, so heißt es, es seien die Institutionen der westlichen Demokratien, die Kapitalismus, Imperialismus und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung hervorgebracht hätten. Die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse sei ein Zweck, dessen Erreichung nun einmal bestimmter Mittel bedürfe. Wer den Zweck wolle, müsse die Mittel akzeptieren, also die Überwindung von Gewaltenteilung, Rechtsbindung des Staates und parlamentarische Demokratie, und ihre Zwecksetzung durch die unumschränkte Macht einer sozialistischen Parteiführung. Es bleibe zwar zu hoffen, daß die Diktatur alsdann human und tolerant ausgeübt werde, und man wolle in diesem Sinne moralische Appelle erheben, entscheidend sei aber, daß damit die Machtfrage nicht angetastet werde.

Die Logik derartiger Argumentation erscheint vielen auf den ersten Blick so einleuchtend, ja zwingend, daß von ihr eine gewaltige Faszinationswirkung ausgegangen ist, vor allem auf humanitär engagierte Intellektuelle, die von der oft unbeschreiblichen Armut und Unterdrückung in Ländern der Dritten Welt erschüttert worden sind. Sie haben das hier nur in seiner Grundstruktur wiedergegebene Argument vom Vorrang der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte vor den bürgerlichen und politischen auf vielfache Weise ausgestaltet: soziologisch, ökonomisch, ethisch und vor allem theologisch. Die Idee der Befreiung weist dem historischen Determinismus die Richtung, sie schafft Kampfgemeinschaften und Begeisterung, sie gibt dem politischen Engagement Hoffnung, Sinn und Ziel, sie vermittelt Gerechtigkeitsüberzeugungen und Siegeszuversicht. Einwände dagegen erscheinen als aussichtsloser Widerstand gegen einen geschichtlich unaufhaltsamen Trend, als kleinliches Mäkeln aus dem Geist hinterwälderischer Reaktion, aus bourgeoiser Ideologiefangenschaft, primitivem Antikommunismus, mystischer Religiosität, veralteter Moralität, eurozentrischem Provinzialismus, römischem Traditionalismus und ähnlicher Vorurteile. Einwände solcher Art liefen - so heißt es - immer nur darauf hinaus, die Armen und Unterdrückten im Stich zu lassen und sich auf die Seite der Tradition, der Reichen und Herrschenden zu stellen.

Indes pflegen auf Zeiten des Rausches Zeiten der Ernüchterung zu folgen, und es ist immer sinnvoll, für diesen Tag einige aufklärerische Überlegungen bereitzuhalten. Und dieser Tag beginnt zu dämmern, seitdem diese Variante der Befreiungsbewegung und Befreiungstheologie nicht mehr bloß Idee, Theorie und begeisternder Ansporn ist, sondern sich in der Praxis bewähren muß. Die bisherigen Erfahrungen sind so niederschmetternd, daß die Illusionen nur noch aufrecht erhalten kann, wer über die konkrete Wirklichkeit willentlich hinwegsieht und sich dann natürlich um die Analyse ökonomischer und politischer Ursachen und Zusammenhänge herumzudrücken vermag.

Der Theorie vom Vorrang der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte liegen einige Gedankenfehler zugrunde, die ich in drei Punkten erörtern möchte. Wir müssen zunächst die bürgerlichen und die politischen Menschenrechte unterscheiden und die Fragen stellen: Wird die Erfüllung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Staatspflichten durch die personalen Bürgerfreiheiten (VI.) oder durch die politischen Bürgerfreiheiten (VII.) behindert? Läßt sich unabhängig von dieser empirischen Frage aus grundsätzlichen Erwägungen eine Vorrangstellung begründen (VIII.)? Danach einiges zur Veranschaulichung der Theorie der "Befreiung" und zum Hintergrund der ganzen Verwirrung.

VI. Personale Bürgerfreiheiten und soziale Staatspflichten

Nehmen wir einmal hypothetisch an, das Elend der Dritten Welt habe seine wesentliche Ursache nicht in dem dort vielfach noch herrschenden wilden Frühkapitalismus mit seinen monopolistischen und oligarchischen Strukturen, in der sozialen und rechtlichen Verantwortungslosigkeit, den Unausgeglichheiten der wirtschaftlichen Entwicklung und dem wirtschaftspolitischen Unverstand der Regierungen, sondern in den Prinzipien der Marktwirtschaft an sich. Dieses Elend könne deshalb nicht durch einen sozial gestaltenden Ordnungsrahmen, durch Bodenreform, durch wirksames Konzern- und Kartellrecht, durch faires Wettbewerbsrecht, durch Förderung genossenschaftlicher Entwicklung, durch Rechtssicherheit und soziale Verantwortung im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie überwunden werden, wie es der christlichen Soziallehre vorschwebt. Vielmehr bedürfe es konsequent sozialistischer Wirtschaftsformen. - Unter diesen Prämissen müßte in der Tat der revolutionäre Befreiungsprozeß einen Staat anstreben, in dem die wirtschaftsbezogenen Grundfreiheiten eingeschränkt sind. z. B. der Schutz des Eigentums, jedenfalls soweit es sich auf Produktionsmittel erstreckt, das Erbrecht, jedenfalls soweit es zur Anhäufung von ökonomischen Machtmitteln führen kann, die wirtschaftliche Vertragsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit, Unternehmen zu gründen und zu führen und privat zu investieren.

Aber dann bleibt immer noch erklärungsbedürftig, wieso auch die personalen Menschenrechte, die die persönliche Freiheit und körperliche Integrität schützen, geopfert werden sollten. Wieso muß man die Menschen vollständig entrechten, um ihnen Brot zu geben, Gesundheitsfürsorge angedeihen zu lassen und zur Bildung zu verhelfen?

Mag vielleicht das Gemeinwohl die Beschränkung seines wirtschaftlichen Handelns erfordern - es erfordert niemals die willkürliche Verhaftung oder die Folter. Wieso könnte die Folter von Gefangenen nützlich für Alphabetisierung oder klinische Versorgung sein? - Ihrer bedarf es zum Ausbau totalitärer Machtstrukturen, dieser aber bedarf es nicht zur sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Entsprechendes gilt für die Verletzung aller bürgerlichen Rechte, die die Personensphäre und nicht das wirtschaftliche Handeln schützen, die die Befreiungsstaaten nicht gewährleisten, z. B. das Habeas Corpus-Prinzip, die Rechte des Angeklagten auf ein faires und unparteiisches Verfahren, die Unschuldsvermutung, der Grundsatz: keine Strafe ohne Gesetz, das Recht auf angemessene Verteidigung, das Beweiserfordernis als Urteilstoraussetzung, der Schutz der Privatsphäre, der persönlichen Meinung, der Religion, des Elternrechts, des Rechts, sich zu versammeln oder mit anderen zu vereinigen.

Irgendein Gesichtspunkt, der es rechtfertigen könnte, den Rechten auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung Vorrang einzuräumen vor den Grundsätzen des Habeas Corpus-Prinzips, des Folterverbots und ähnlicher personaler Freiheitsrechte, ist nicht zu erkennen. Die Behauptung eines solchen Vorrangs hat lediglich den Charakter eines Vorwands, um die Bereitschaft zur Mißachtung dieser Menschenrechte vor sich und anderen zu rechtfertigen - aber eines Vorwands ohne Vernunft und politische Substanz.

VII. Politische Bürgerfreiheiten und soziale Staatspflichten

Bei den politischen Menschenrechten ist für manche Vertreter der Befreiungstheorie die Toleranzgrenze endgültig überschritten. Mögen einige noch verlegen zugestehen, daß willkürliche Verhaftung und Folter zumindest etwas Problematisches haben, die Lenkung und Leitung des Staates müsse aber auf jeden Fall bei den Führungsgremien der jeweiligen sozialistischen Partei und ihrer Organisationen monopolisiert bleiben. Anderenfalls, heißt es, könnten die Menschen auf den Gedanken kommen, liberalen, sozialdemokratischen oder gar christdemokratischen Parteien zur Mehrheit zu verhelfen und marktwirtschaftliche Ordnung zuzulassen. Diese Freiheit aber mache die "Befreiung" unmöglich. Die politischen Menschenrechte seien typisch für die westliche Demokratie, die ihrerseits Kapitalismus und Imperialismus ermögliche und die Dritte Welt in wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht habe. Wolle man sich davon befreien, so müsse man das Recht auf demokratische Mitwirkung so umdefinieren, daß darunter nur noch die Mitwirkung in den sozialistischen Monopolorganisationen, nicht aber die Infragestellung ihres Führungsmonopols verstanden werde.

Wir stehen also im Blick auf die Entwicklungsländer noch immer vor derselben Frage, vor der Rußland 1917 nach der Februarrevolution stand: Soziale Demokratie oder Befreiungsstaat? Nachdem sich das Volk bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung mit 76,5 zu 23,5 Prozent für die Demokratie entschieden hatte, ließ Lenin die Nationalversammlung bekanntlich mit Maschinenpistolen auseinanderreiben und stabilisierte das Befreiungssystem mittels Geheimpolizei, Massenerschießungen und, seit dem Dekret vom 5. September 1918, mittels der schon damals so bezeichneten Konzentrationslager. Das Subjekt der "Befreiung" war weder das Volk noch das Proletariat, sondern die intellektuelle Partielite, die den revolutionären Befreiungskampf gegen das Volk durchsetzte und den Staat so organisierte, daß ihr unumschränkter Herrschaftsanspruch irreversibel stabilisiert wurde.

Wenn man daran keinen grundsätzlichen Anstoß nimmt, so bleibt immerhin die Frage: Hat diese Grundentscheidung die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung Rußlands gefördert? Eine Bejahung dieser Frage setzt voraus, daß man die These wagt: Im Falle einer demokratischen Entwicklung wäre Rußland sozial, wirtschaftlich und kulturell noch rückständiger geblieben, als es ist.

Kann man diese These begründen? Hier lassen sich nur Vermutungen anstellen, die allerdings umfassende nationalökonomische Erkenntnisse unter Auswertung aller weltweit gemachten Erfahrungen und Erklärungsmodelle erfordern - eine Bemühung, zu der sich die Befreiungstheoretiker aber nicht verstehen wollen.

Gewiß liegt der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Standard der Völker der Sowjetunion heute über dem von 1917: Immerhin erhält z. B. ein Facharbeiter an Reallohn heute fast soviel wie bei uns ein Sozialhilfeempfänger. Könnte es aber nicht sein, daß das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Niveau bei demokratischer Entwicklung erheblich höher läge? Diese Frage muß derjenige zunächst einmal wohlbegründet verneinen können, der nicht nur die bürgerlichen, sondern auch die politischen Menschenrechte in den zweiten Rang verweisen will; er trägt die Begründungspflicht und die Beweislast.

Gehen wir einmal von der Prämisse aus, die die Befreiungstheorie voraussetzt, daß nämlich die politischen Menschenrechte keinen Wert in sich selbst hätten, oder jedenfalls keinen, der mit den Entwicklungserfordernissen gleichrangig wäre. Dann bleibt die Frage, ob die politischen Menschenrechte der Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung hinderlich oder förderlich sind. Die klassische Menschenrechtstheorie der Aufklärung hielt sie nicht für hinderlich, sondern geradezu für eine Grundvoraussetzung für die soziale Entwicklung. Der Grundgedanke war etwa folgender: Wenn eine Regierung nicht zu wirtschaften versteht, wenn sie das Volk aus der Armut in noch größeres Elend führt, wenn sie bei aller guten Absicht unfähig ist zur Behebung von Not und Elend, dann wird das Volk sie bei freien Wahlen abwählen und es mit einer Alternative versuchen. Ohne das Risiko der Abwahl gibt es keine Effizienzkontrolle; die Machthaber legitimieren sich nur aus ihren guten Absichten, nicht aus ihren Erfolgen. Die Lehre der politischen Aufklärung bewährt sich in der Erfahrung überall dort, wo die wechselnden, um die Macht konkurrierenden Parteien, wie in den europäischen Demokratien, auch um den Ausbau sozialer Gerechtigkeit miteinander wetteifern.

Die Befreiungstheorie sieht in diesem Wetteifer aber das Risiko, daß die Ärmsten und Schwächsten zu kurz kommen könnten. Dem hält die aufklärerische Theorie entgegen, daß sich Demokratien mit an der christlichen Soziallehre oder an sozialistischen Idealen orientierten Parteien die Interessen der Benachteiligten zu eigen machen und ihnen aus sozialer Verantwortung heraus zur Durchsetzung verhelfen können. Die Befreiungstheorie möchte dem nicht trauen, sondern sicherstellen, daß eine sozial engagierte Minderheit unter allen Umständen uneingeschränkt an der Macht ist und bleibt: die Machtfrage sei die Kernfrage.

Diese Theorie stünde in der Welt besser da, wenn die sog. Befreiungsstaaten wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erfolge vorzuweisen hätten. Tatsächlich stehen sie jedoch am untersten Ende der Skala der Entwicklungsländer. Kennzeichnend für sie sind Hunger, zunehmende Verelendung, Zwangskollektivierungen, Massenumsiedlungen, gleichzeitig Privilegierung der Führungsschicht, Schwarzmarkt und Korruption, und Flüchtlingsströme, wie es sie in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hat: 93 Prozent aller Flüchtlinge stammen aus sozialistischen Befreiungsstaaten.

In der Sowjetunion hat eine unvernünftige Landwirtschaftspolitik 1920/21 eine Hungerkatastrophe ohnegleichen ausgelöst, der mit der 1928 beginnenden "Kulaken"-Verfolgung eine weitere folgte. Viele Millionen Menschen starben den Hungertod, mehr als in der ganzen russischen Geschichte zusammengenommen. Noch jetzt ist dieses landreiche Volk auf riesige Agrarimporte aus dem Westen angewiesen.

Heute wird den sozialistischen Befreiungsstaaten der Dritten Welt Entwicklungshilfe oft in stärkerem Maße zugewandt als anderen, aber sie fließt in ein Faß ohne Boden. Nur ein Beispiel: Nicaragua steht für die Europäische Gemeinschaft an zweiter Stelle aller Entwicklungsländer; das Land bekommt mehr als die umliegenden zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, Honduras, El Salvador und Guatemala zusammen.

Gleichwohl: Der Reallohn eines Landarbeiters betrug 1979, zu Beginn der Revolution, noch umgerechnet 60 Dollar im Monat - und das galt mit Recht als Armut. Er beträgt heute umgerechnet nur noch drei Dollar, also 5 Prozent. Ähnlich ist die

Situation etwa in Nordkorea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Afghanistan, Südjemen, Äthiopien, Moçambique, Angola usw. - und es gibt keine Aussicht auf Besserung. Kuba war vor der Revolution von 1959 das zweitreichste Land Lateinamerikas, wenngleich allerdings mit Ungleichheiten der Vermögensverteilung von in der Tat empörendem Ausmaß. Heute liegt sein Lebensstandard im untersten Viertel Lateinamerikas, und das, obwohl die Sowjetunion umgerechnet jährlich acht Milliarden DM hineinpumpt, die Militärhilfe nicht mitgerechnet.

Gälten die politischen Menschenrechte, gäbe es also Demokratie, so würden die Machthaber unter solchen Umständen als offenkundige Versager aus dem Amt gewählt. Das Volk würde es mit einer anderen Regierung versuchen. Die unumschränkte Macht ermöglicht es ihnen jedoch, die Auswertung ökonomischer Erfahrungen zu unterbinden und das Volk zum Schweigen zu bringen. In der Demokratie ist das Recht die Konstante, der Wechsel der Führungsschicht die Variable. In den Befreiungsstaaten ist der sozialistische Herrschaftsanspruch die Konstante, variabel sind die Erklärungsmodelle für die Verelendung. Es werden in der Regel vor allem vier Argumentationsmuster benutzt:

Erstens wird auf den guten Willen verwiesen, der sich in Bodenreform, Kliniken, Schulen und dergleichen offenbare. Indessen: Dafür bedarf es ebensowenig der Ausschaltung der politischen Menschenrechte wie der bürgerlichen. Im Gegenteil würden diese Errungenschaften der Regierung zu breiter Popularität und damit zu Mehrheiten verhelfen, vorausgesetzt, sie sind eingebettet in ein erfolgreiches Gesamtprogramm der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.

Zweitens wird die Verantwortung für die Misere nach außen abgeschoben. Ihre Ursache liege ausschließlich in Faktoren außerhalb des Verantwortungsbereiches der Regierung: in der Weltwirtschaftsordnung, in den Kreditbedingungen der Weltbank, im Einfluß der multinationalen Konzerne usw., mitunter wird geradezu die Entwicklungshilfe der westlichen Demokratien als die Hauptursache der Verelendung ausgegeben. Sei erst einmal in der ganzen Welt der Kapitalismus durch den Sozialismus überwunden, dann würden die armen Länder aufblühen. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten dieser Art Befreiungstheorie, sich auf ökonomische Ursachen und Problemanalysen einfach nicht sachlich einzulassen und in selektiver Wahrnehmung nur das ins Bewußtsein eindringen zu lassen, was die Herrschaftsideologie bestätigt. Die Frage, wie es kommt, daß die erfolgreichsten Entwicklungsländer Demokratien sind, ist tabuisiert.

Drittens wird die Schuld an der Misere den Aufständischen und ihrer Unterstützung von innen und außen zugeschoben. Gewiß tragen diese zur Verschlimmerung bei. Indessen gäbe es weder Aufstände noch folglich ihre Unterstützung, wenn die bürgerlichen und politischen Menschenrechte nicht mißachtet worden wären. Wo die Menschen massenweise flüchten müssen, gibt es immer einen gewissen Prozentsatz von Menschen, die, anstatt in Lethargie und Passivität zu versinken, empört zur Waffe greifen. Das ist ein Faktum, eine humane Konstante der menschlichen Natur, die sich nicht hinwegentrüsten läßt. Man trägt ihr realistischerweise Rechnung, indem man den Menschen keinen Grund zur Massenflucht gibt. Falls es dann überhaupt Aufständische gibt, haben sie keinen Rückhalt im In- und Ausland.

Das vierte Argumentationsmuster ist besonders sublim: Es lenkt von der wirtschaftlichen auf eine utopisch-moralische Ebene ab. Es gehe gar nicht in erster Linie um die Überwindung der Armut, sondern um eine welthistorische Erziehungsauf-

gabe: es soll ein neuer Mensch entstehen, eine neue Welt, in der es keinen Kapitalismus und folglich auch keinen Egoismus mehr gebe, eine brüderliche Gemeinschaft von Freien und Gleichen, mitunter noch theologisch überhöht als das künftige Reich Gottes auf Erden, als das himmlische Jerusalem: "Ubi Lenin, ibi Jerusalem"⁴ (Ernst Bloch). Die Pointe dieses Arguments ist der irreversible, totale Herrschaftsanspruch über den menschlichen Geist, die Kontrolle nicht nur des Handelns, sondern auch allen Wissens, Denkens, Wahrnehmens und Glaubens.⁵ Ein zynischer Fanatismus im Glitzergewand eines enthusiastischen Moralismus, der als Endzweck der Menschheitsgeschichte jedes Mittel heiligt und zu einem absolut gewordenen Freund-Feind-Denken ermächtigt: die Selbstentledigung von aller Vernunft und Verantwortung.

Wir kommen also zu dem Zwischenergebnis, daß die Argumente, die die Befreiungstheorie für den behaupteten Vorrang der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte vor den politischen Grundfreiheiten vorbringt, ebenso wenig stichhaltig sind wie der behauptete Vorrang vor den personalen Grundfreiheiten.

VIII. Menschenwürde und "Befreiung"

In der bisherigen Betrachtung haben wir uns hypothetisch auf die Prämisse der "Befreiungs"theorie eingelassen: die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Staatspflichten verdienten einen Vorrang vor den bürgerlichen und politischen zumindest dann, wenn die letzteren der Entwicklung hinderlich im Wege stünden. Wir haben die Behauptung, das sei der Fall, geprüft und die Gründe, die dafür geltend gemacht werden, unzureichend gefunden. Aber die Prämisse ist darüber hinaus auch aus grundsätzlichen Erwägungen problematisch. Die personalen und politischen Grundfreiheiten haben nicht nur eine Dienst- und Hilfsfunktion für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, sondern ihren Wert in sich selbst.

Sie stammen, historisch gesehen, aus einer gemeinsamen Wurzel, nämlich aus der Idee der Menschenwürde. Die Würde des Menschen verlangt den aufrechten Gang des Rechtszustandes: die Achtung vor der bürgerlichen Freiheit der Person, die nur durch allgemeine Gesetze im Dienst des Gemeinwohls eingeschränkt werden kann. Es geht bei ihnen nicht um die Freiheit des Kapitalisten im wirtschaftlichen Verkehr, sondern um die Würde des Menschen und seinen Schutz vor Willkür, Erniedrigung und Grausamkeit.⁶

Die politischen Grundfreiheiten sind aber nicht nur ein Ausdruck der Achtung vor der Selbstbestimmung und damit der Würde des Menschen, sondern haben darüber hinaus die Funktion, die Gesetze am Gemeinwillen des Volkes zu orientieren

4 E. Bloch, "Das Prinzip Hoffnung", in: *Gesamtausgabe*. Bd. IV, 1. Buch, Frankfurt 1959, S. 711.

5 Vgl. hierzu: M. Kriele, *Befreiung und politische Aufklärung, Plädoyer für die Würde des Menschen*, 2. Aufl. 1986, S. 19-41.

6 Vgl. hierzu: M. Kriele, *Einführung in die Staatslehre*, 4. Aufl. 1990, §§ 38 f., 50 ff.

und sie allmählich den Idealen der Gerechtigkeit anzunähern: Unrechtserfahrungen sollen öffentlich zur Geltung gebracht werden und sich in Reformen niederschlagen.

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte - genauer: Staatspflichten - gelten für jeden Staat - auch für den, der die bürgerlichen und politischen Rechte nicht anerkennt. Ihre Verpflichtungskraft ist also ganz unabhängig von der Verpflichtungskraft der personalen und politischen Rechte und steht ihnen im Range nicht nach. Denn sie dienen ebenfalls der Würde des Menschen: Elend, Hunger, Unwissenheit, Hoffnungslosigkeit sind in der Tat ein Problem der Menschenwürde.

Wenn sie aber den personalen und politischen Grundfreiheiten im Range nicht nachstehen, so heißt das nicht, daß sie ihnen im Range vorangingen, sondern nur, daß sie gleichrangig neben ihnen stehen. Sie können sie weder relativieren noch verdrängen. Ob z. B. das Folterverbot nützlich oder schädlich für die soziale Entwicklung ist, ist überhaupt keine relevante Frage, ebensowenig wie die umgekehrte Frage, ob die soziale Entwicklung die Folter später vielleicht entbehrlich machen wird. Das Folterverbot wurzelt ebenso in der Menschenwürde wie die Pflicht des Staates, sich um die soziale Entwicklung zu bemühen. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte lassen sich also in eine Rangordnung der Menschenrechte gar nicht einfügen: Sie gehen den übrigen Menschenrechten weder vor noch nach, sie sind vielmehr neben diesen und unabhängig von diesen als reine Staatspflichten für jeden Staat verbindlich. Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied: Die Wirksamkeit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ist bedingt: bedingt durch budgetmäßige Möglichkeiten, internationale Hilfe, durch politische und organisatorische Kunst von Regierung und Gesetzgeber. Die personalen und politischen Menschenrechte hingegen gelten unmittelbar und unbedingt.

IX. Beispiel: Leonardo Boff

Die Frage bleibt: Wieso ist eigentlich die unbedingte Verpflichtungskraft der personalen und der politischen Menschenrechte den Vertretern der Befreiungstheorie so schwer zu vermitteln? Um uns dieser Frage zu nähern, schauen wir uns zunächst ein Beispiel an, und zwar in einer besonders repräsentativen Variante der "Befreiungstheologie". Leonardo Boff faßte ihre wichtigsten Grundgedanken in einer großen Rede zusammen, mit der er dem Münsteraner Lateinamerika-Kongreß in der feierlichen Eröffnungsveranstaltung am 28. September 1987 die Leitlinien setzte, und der von den dort versammelten Befreiungstheologen mit enthusiastischem Applaus entgegengenommen wurde.⁷

Der Vortrag war ein klarer und unmißverständlicher Appell zur bolschewistischen Weltrevolution. Die Übel dieser Welt wurzeln im "Kapitalismus", und dieser Begriff umfaßt nicht nur den ungebändigten Wirtschaftsliberalismus und

7 Im folgenden zitiere ich aus dem von der Pressestelle der Universität Münster zur Verfügung gestellten Originalmanuskript. Da dieses den Vermerk trägt: "Es gilt das gesprochene Wort", habe ich die Übereinstimmung anhand der Tonbandaufzeichnung überprüft.

-imperialismus, wie er in großen Teilen der Dritten Welt noch herrscht, sondern jede Form von Marktwirtschaft. Da der Kapitalismus das Problem ist, ist der Sozialismus die Lösung; er führt zur Überwindung von Unterdrückung und Armut. Sozialismus bedeutet nicht Reform etwa nach den Orientierungspunkten der christlichen Soziallehre oder einer ordnungspolitisch gestalteten Marktwirtschaft im Rahmen des demokratischen Verfassungsstaates - das wäre bloß "Reformismus", der ausdrücklich abgelehnt wird. Modell ist vielmehr die russische Oktoberrevolution, mit der Lenin die junge russische Demokratie beseitigt hat. Denn "der Kapitalismus ist mit den demokratischen Idealen unvereinbar" (S. 24). Deshalb heißt es:

Alle, die sich zur Befreiung verpflichten, widersetzen sich dem kapitalistischen transnationalen System, sie widerstreiten der Herrschaft der bürgerlichen, nationalen Demokratie (S. 9).

Und:

Die Revolution des Proletariats triumphierte 1917 in Rußland. Sie bedeutet die Revolution unserer Zeit, denn sie ermöglicht die Irruption, das Auftauchen eines neuen geschichtlichen Subjekts, nämlich das Proletariat, Träger eines neuen Ordnungsprinzips der Gesellschaft, der Sozialismus, der fähig ist, den Raum der Freiheit, den die Bourgeoisie erobert hat, noch mehr zu erweitern (S. 17 f.).

Diese Revolution wird zum Modell für die Dritte Welt:

Um die Wurzeln des Elends und der sozialen Ungerechtigkeit auszureißen, genügt nicht die Modernisierung und die Entwicklung; eine soziale Reform und ein Prozeß der Befreiung sind notwendig. Diese Option wird bekräftigt durch den Sieg des Sozialismus in Rußland im Jahre 1917, durch den Triumph der sozialistischen Revolution in Kuba (1959) und neuerdings 1979 in Nicaragua (S. 9).

Wenn Boff die Sowjetunion, Kuba und Nicaragua als Modell z. B. für Brasilien empfiehlt, so kann man vorhersagen, was der Vollzug dieser Empfehlung für die Ärmsten der Armen, die oftmals an der Hungergrenze dahinvegetieren, bedeuten würde: sie könnten den dann zu erwartenden weiteren Sturz des Lebensstandards schlechterdings nicht überleben.

Diese Tatsache ist ebenso bekannt wie die Zahlen und Daten, in denen sie sich niederschlägt. Es gibt in der nationalökonomischen Literatur auch Versuche, die Ursachen zu analysieren und erfolgversprechendere Wege aus dem sozialen Elend zu suchen. Bei Boff aber gewinnt man den Eindruck, es gehe gar nicht wirklich um die Armen. Er versichert, er habe "keine sofortigen und leicht verständlichen Rezepte für alle und alles" (S. 22), und er diskutiert auch keinerlei Rezepte: das wäre Reformismus. Es geht ihm vielmehr erstens um den "Prozeß der Befreiung", der als solcher beglückend erscheint, gleichgültig, zu welchen wirtschaftlichen oder politischen Endresultaten er führt; zweitens um das Ziel eines "neuen Menschen". Dieses Ziel ist viel höher gesteckt als bloß die konkrete Lösung konkreter Probleme. Boff: Befreiung bringt das "Bestreben zum Ausdruck, neue Männer und Frauen zu sein, Schöpfer einer neuen, anderen Welt" (S. 11).

Boff behauptet, das "Subjekt" der bolschewistischen Revolution seien "die Unterdrückten, die Verfluchten dieser Erde" gewesen (S. 9), die "unterdrückte Arbeiterklasse" (S. 20). Bekanntlich war das Volk gar nicht beteiligt. Es war die Partei-

elite, und diese wurde vorzugsweise aus Intellektuellen bürgerlicher Herkunft gebildet. In den anfänglichen Aufständen manifestierte sich die Enttäuschung des Volkes über die verloren gegangene Demokratie. Für Boff aber bedeutet das Wort "Befreiung": "eine organisierte, vom Volk getragene Demokratie, und dient zur Kritik der bürgerlichen Demokratie, die als elitistisch und antipopulär gesehen wird" (S. 10). Mit dieser Repetition der bolschewistischen Herrschaftsideologie noch nicht genug, fügt er hinzu: "Befreiung beinhaltet einen offenen Vorgang der Überwindung aller Knechtschaften" (S. 11) - als hätte es die ganze Bedrückung und Verfolgung nie gegeben. Denn "jede Revolution, einschließlich der bolschewistischen", sei ein "Gründungsakt der Freiheit gewesen" (S. 15)⁸.

Wie konsequent Boff für unumschränkte Herrschaft plädiert, wenn diese nur das Wort "Freiheit" im Munde führt, zeigen seine Helden aus der vorsozialistischen Geschichte. An Massenverbrechern wie Robespierre und Saint-Just kritisiert er - im Blick auf die Freiheiten der französischen Revolution - bloß: Sie "bedachten nicht genügend die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen für ihre effektive Universalität" (S. 18). Cromwell personifizierte für ihn die "Revolution der Heiligen". Denn er "erklärte 1654 vor dem Parlament: 'Freiheit des Gewissens und Freiheit der Personen - das sind die zwei Sachen, für die wir mit aller Kraft kämpfen müssen'". Über diese schönen Worte hat Boff nicht nur die totale Zerstörung Irlands vergessen, sondern auch die Zerstörung aller Freiheiten in England selbst: Im Januar 1655 löste Cromwell das Parlament auf, das ihn zu kritisieren gewagt hatte, regierte als Militärdiktator und seit 1657 als Lord Protector auf Lebenszeit mit dem Recht, seinen Nachfolger zu bestimmen. Er bestimmte seinen unfähigen Sohn, der ihm 1658 nachfolgte, bis er aus dem Amt gejagt wurde und das englische Recht mit seinen erkämpften Freiheiten, z. B. dem Habeas Corpus-Prinzip, wieder in Kraft trat. Hierzu Boff: Diese Revolution "wurde durch die Restauration absorbiert" (S. 19).

Boff gesteht zwar zu, daß die sozialistische Revolution "die politische Freiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung gekostet hat" (S. 19) - wobei er charakteristischerweise die wichtigsten aller Freiheiten, nämlich Leben, körperliche Unversehrtheit und Schutz vor willkürlicher Verhaftung unerwähnt läßt. Vor allem aber versteht er nicht die unerläßlichen verfassungsstaatlichen Voraussetzungen dieser Freiheiten, insbesondere die Gesetzesbindung der Staatsgewalt und die Unabhängigkeit der Richter. Er bejaht die unumschränkte Herrschaft der sozialistischen Parteiführung und verlangt,

die Revolution der Freiheit wieder zu reinkorporieren, die ja auch solch viel Blut gekostet hat. Dies ist die dauernde Herausforderung, die an das sozialistische Projekt zu richten ist (S. 19).

8 Hier beruft er sich auf Hannah Arendt, *Über die Revolution*, S. 183-231, die in der bolschewistischen Revolution freilich einen Gründungsakt des Totalitarismus sah: Lenins Einparteiendiktatur sei "aus der Niederlage" der Revolution (nämlich der Februar-Revolution) entstanden (S. 281). Sie fügt hinzu, "daß die meisten sogenannten Revolutionen es nicht nur nicht zu einer echten Gründung der Freiheit, einer *constitutio libertatis*, bringen, sondern nicht einmal imstande sind, den Völkern die 'Segnungen' einer in ihrer Macht 'beschränkten Regierung', also eines Rechtsstaates, zuteilwerden zu lassen" (S. 281).

Damit verlangt er etwas Unmögliches. Denn die politische Freiheit ist erst dann gegeben, wenn das Volk die Möglichkeit hat, seine sozialistischen Machthaber abzuwählen, wenn es also Demokratie gibt. Diese setzt voraus, daß die Menschen angstfrei in einem gesicherten Rechtszustand leben, daß also die Menschenrechte gelten. Dies aber setzt die Gewaltenteilung voraus.

Deshalb sagt Boff konsequent, er beziehe sich mit dem Wort Demokratie

nicht auf die liberal-bürgerliche Demokratie, sondern auf die Demokratie tout court. Eher als eine soziale Form beinhaltet Demokratie eine Haltung, innere Verfassung, die in allen Artikulationen des Lebens, der Intersubjektivität und der Gesellschaft gelebt sein will (S. 24).

An die Stelle der Rechtsform des demokratischen Verfassungsstaates tritt die demokratische Innerlichkeit unter den Bedingungen unumschränkter Herrschaft der sozialistischen Parteiführung. Damit repetiert Boff die alten Klischees der Ho-Ho-Ho-Tschi-Minh-Bewegung von 1968, als er in Deutschland studierte. Deren simple Schemata wurden in Münster als authentisches lateinamerikanisches Denken ausgegeben.

Fassen wir zusammen: Zu den Bedingungen der "Befreiung" gehört statt Gewaltenteilung: unumschränkte Herrschaftsmacht der sozialistischen Parteiführung; statt juristisch gesicherter Menschenrechte: moralische Appelle an die Machthaber; statt Demokratie: freiwillige, freudige Einfügung und Preisgabe des Wunsches, den Machthaber abzuwählen; statt wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung durch Auswertung ökonomischer Erfahrungen: sozialistische Experimente, koste es die Menschen, was es wolle.

Demgemäß bietet auch Boffs Reisebericht aus der Sowjetunion im Sommer 1987 ein Beispiel für selektive Wahrnehmung.⁹ Er berichtet: "Der sowjetische Journalist, der uns begleitete, nahm an allen Begegnungen teil" (S. 21) - ohne das Geringste zu argwöhnen. Er entdeckte in der Sowjetunion "religiöse Freiheit und Pressefreiheit", "keine Einschränkungen der öffentlichen Meinung", eine "zutiefst heile, saubere Gesellschaft", die "mehr Lebenssinn genießt als unsere ganze westliche Gesellschaft" (S. 20). Alle abweichenden Erfahrungsberichte, die sorgfältigsten Dokumentationen und historischen Werke zählen nichts. Boff sieht sich veranlaßt,

nicht mehr zu glauben, was uns hier gesagt wird ... Es wird uns hier eine Wahrheit verweigert, auf die wir - wegen unseres Rechts auf Information - Anspruch haben, und zwar geht das nicht nur in Brasilien, sondern im Westen überhaupt.

Denn hier zählen die "Spielregeln der kapitalistischen Gesellschaft, ..., welche die Wahrheit über solche Situationen verschweigt" (S. 21). Von Koestler und Sperber über Buber-Neumann, Lepp, Solschenizyn bis hin zu Leonhard, Kopelev, Tatjana Goritschewa, usw. ... alles Lügner, denn: "Ich habe es 14 Tage lang ausprobiert" (S. 20).

9 Deutsch im September-Heft 1987 der *Neuen Stimme*, einer im DKP-Verlag Pahl-Rugenstein erscheinenden "Ökumenischen Monatsschrift", die sich zwar dagegen wehrt, als "kommunistisch" bezeichnet zu werden, weil sie von Kirchenleuten gemacht werde, die aber durchgängig prokommunistisch ist: ein SED-Kollaborationsorgan.

X. Der Fächer der Königin

Um zu verstehen, was hier geistig, moralisch und theologisch vor sich geht, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß Boff nur ein Beispiel für die heutige Befreiungstheologie bietet, und daß diese nur eine Variante der Befreiungsideologie ist, die, vorzugsweise unter Intellektuellen, seit langem verbreitet ist.

In Bertold Brechts Drei-Groschen-Oper-Film begegnet die Königin in ihrer Karosse einem Demonstrationszug von Krüppeln, Bettlern und Elenden. Sie breitet ihren Fächer aus, um sie aus dem Blickfeld und damit aus dem Bewußtsein zu verbannen. Der Schlußvers der Drei-Groschen-Oper betont noch einmal die Moral von der Geschichte: "Denn die einen sind im Dunkeln und die andern sind im Licht, und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht".

Bertold Brecht hat sie sichtbar machen wollen, das war sein moralischer Impuls, aber er hat das Licht seiner Dichtung nur auf die Elenden im Kapitalismus geworfen, nie auf die im Sozialismus, so, als sei der Sozialismus ein Weg, um die Menschen aus Armut und Unterdrückung zu befreien. Die Frage, warum er das in Wirklichkeit nicht ist und nicht sein kann, hat ihn nie interessiert. Vor die im Sozialismus Verelendenden und Verhungernenden, willkürlich Verhafteten, Gefolterten, Ermordeten, Flüchtenden breitete er den Fächer der Königin. Ein Gedicht des alten Bert Brecht macht deutlich, daß sie sich aber im Traume melden, daß sie das Gewissen quälen, ehe sie wieder ins Unterbewußte hinabgestoßen werden:

Heut' nacht im Traum sah ich Finger, auf mich deutend
wie auf einen Aussätzigen. Sie waren zerarbeitet und
sie waren gebrochen.
Unwissende! schrie ich
schuldbewußt.

Brecht ist nur ein Beispiel für viele. 1918 begann die Tradition der Reisen westlicher Intellektueller in die Sowjetunion. Sie besuchten die Machthaber, ihre Anhänger und Propagandisten, sahen aber über das einfache Volk und seine konkreten Schicksale hinweg.

Gerd Koenen - ein früherer Mitbegründer des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, der zur Vernunft gekommen ist - hat in seinem Buch "Die großen Gesänge" (Frankfurt 1987) die Hymnen westlicher Tyrannenschmeichler auf Lenin, Stalin, Mao und Castro zusammengestellt - eine erschütternde Sammlung von Dokumenten der Verführungsanfälligkeit des menschlichen Geistes.¹⁰

Während in der Sowjetunion die Menschen unter Hunger, Zwangskollektivierung, Massenumsiedlungen und Konzentrationslagern litten, erkannte z. B. George Bernard Shaw hier ein "irdisches Paradies"¹¹. Herbert G. Wells sah in Stalin einen

10 Vgl. auch Paul Hollander, *Political Pilgrims, Travels of Western Intellectuals to the Soviet Union, China and Cuba*, Oxford 1981, S. 40 ff.; Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Radi-kale Touristen. Pilger aus dem Westen, Verbannte aus dem Osten*, Freiburg, Basel, Wien 1975, S. 7-17.

11 Koenen, a.a.O., S. 46.

"lauteren, fairen und ehrlichen Mann"¹². Lincoln Steffen fand, Stalin habe "die soziale Frage durch ein Regime rationaler Großproduktion gelöst"¹³. Edmund Wilson nannte die Sowjetunion "den moralischen Gipfel der Welt, wo das Licht niemals wirklich ausgeht"¹⁴. Der klassische Prototyp des Befreiungstheologen, Hewlett Johnson, Dekan von Canterbury, fand 1940: "Die Sowjetunion ist das moralischste Land der Welt"¹⁵. Der Prototyp des befreiungsenthusiastischen Diplomaten, der amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, Joseph Davies, beschrieb Stalin als einen Mann von "echter Weisheit" und "einzigartiger Bescheidenheit"¹⁶. Der Prototyp des Befreiungskollaborateurs unter den Politikern, Roosevelts Vizepräsident Wallace, besuchte im Sommer 1944 die KZ-Region Kolyma im hohen Norden, wo rund drei Millionen Menschen elendiglich zugrunde gegangen sind - Solschenizyn hat sie uns in "Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch" anschaulich gemacht. Wallace berichtete:

Wir flogen nördlich nach Kolyma ..., wo wir zwei Goldgruben sahen. Das Unternehmen war äußerst eindrucksvoll. Die Entwicklung ging dynamischer voran als in Fairbanks (Alaska) .. Dann ging es zu einem Spaziergang in die Taiga ... Die Lärchen legten gerade ihr frisches Grün an, und Nikischow machte Luftsprünge und genoß die frische Luft.¹⁷

Das sind einige wenige Beispiele für die Tonlage, in die fast die ganze intellektuelle Elite des Westens einstimmte.

Heinrich Mann, der den "Untertanen", den Typ des "Radfahrers", der nach oben buckelt und nach unten tritt, für die Kaiserzeit sarkastisch angeprangert hat - im Blick auf Lenin und Stalin, war er der typische Radfahrer. Nicht anders z. B. Henri Barbusse, Romain Rolland, Käthe Kollwitz, George Bernhard Shaw, Lion Feuchtwanger, Paul Eluard, Pablo Neruda, Curzio Malaparte, Jean Paul Sartre - um nur einige Berühmtheiten zu nennen, die Spitzen von Pyramiden aus breiten bürgerlichen Bildungsschichten, die Verantwortung trugen für Kultur und Erziehung, Bildung und Publizistik. Sie haben nicht weniger versagt als die in den 20er und 30er Jahren mit Faschismus und Nationalsozialismus mitlaufenden "Idealisten", und haben nach den Enthüllungen reagiert wie diese. So entschuldigte sich z. B. Ernst Bloch: man habe "von den Schrecklichkeiten Stalins nicht viel gewußt und ... was man wußte, wurde nicht geglaubt"¹⁸. Dies ist Blochs gewichtigster Satz: er wiege seine ganze Philosophie auf. Denn hier nimmt er zum ersten und einzigen Mal zur Wirklichkeit des Sozialismus Stellung, während er sonst immer nur deren Herrschaftsideologie ausbreitete. Aber welches Gewicht hat diese schon neben der Wirklichkeit? In der sozialistischen Herrschaftsideologie ist alles Literatur, Luft-

12 Koenen, a.a.O., S. 47.

13 Koenen, a.a.O., S. 49.

14 Koenen, a.a.O., S. 49.

15 Koenen, a.a.O., S. 96.

16 Koenen, a.a.O., S. 94.

17 Koenen, a.a.O., S. 95.

18 Zitiert nach: *Der Spiegel*, Nr. 22 (1985), S. 143.

spiegelung, Schwärmerei, Lüge oder fahrlässiges Gerede. Die Wirklichkeit ist das, was zählt. Aber wieso zählt sie nicht?

Gerd Koenen gibt folgende Antwort: Es gehe den Autoren um eine "aufgeklärte Autokratie", einen "guten Führer", als "eigentliche Idealform einer vernünftigen Gesellschaft". Er fragt sich selbstkritisch zum Schluß: Wäre Stalin wirklich der väterliche Bruder gewesen, der für alle gesorgt hat, "wäre das denn nicht schön gewesen?", und antwortet: diese Frage habe auch für ihn selbst noch "das Parfum einer undurchdringlichen, unverändert wirksamen Verführung".

Zum Beispiel meinte Ernst Bloch noch 1975:

So hat man kampfflos alles preisgegeben. Den Nazis preisgegeben, was eigentlich kommunistisches Erbgut war. Auch die Kategorie 'Führer' ... Der 'Führer' ist eine kommunistische Parole gewesen. Spartakus ist doch ein Führer gewesen, zum Donnerwetter. Warum läßt man sich das Wort stehlen?¹⁹

George Bernard Shaw meinte:

Mussolini, Kemal, Pilsudski, Hitler und alle übrigen können sich völlig auf mich verlassen, wenn es sich darum handelt, sie nach ihrer Fähigkeit zu beurteilen, nützliche Güter zu liefern, statt nach irgendeinem viktorianischen Begriff von Freiheit ... Stalin hat diese Güter in einem Umfang geliefert, der zehn Jahre vorher für unmöglich gegolten hätte; und also ziehe ich meinen Hut vor Stalin.²⁰

Luise Rinser schwärmt heute für den nordkoreanischen Diktator Kim. Sie schwärmte früher für Khomeni. Für einen Kenner der politischen Psychologie war es gar nicht so überraschend, als Gedichte aus den ersten Jahren der Nazizeit auftauchten, in denen sie Hitler anhimmelte, z. B.:

Wir, des großen Führers gezeichnete Verschworene ...,
des großen Führers verschwiegene Gesandte,
mit seinem flammenden Zeichen auf unserer Stirn²¹

Fidel Castro wird von seinen Anhängern ungehemmt der "lider", der Führer, genannt, und in Nicaragua brüllten die Turbas während der Papstmesse den sandinistischen Kommendanten zu: "Dirección nacional - ordéne" - "Führung befiehl!". José Coronel Urtecho, von den Anhängern als der "große alte Mann der nicaraguanischen Poesie" gefeiert²², war Gründer der faschistischen "Blauhemden" Nicaraguas und sang z. B.: "Somoza, Du bist schöner als die Sonne" und "Ich möchte einmal wählen, um nie wieder zu wählen". Heute singt er die sandinistischen Comandantes an: "Mit dieser Revolution gewinnen wir auch die eigene Geschichte zurück, die uns genommen wurde; die historische Würde unserer Rasse, unserer Nation".²³

Ehe wir mit dem Zitieren fortfahren, halten wir einen Augenblick inne und vergegenwärtigen uns, daß es zwei grundverschiedene Blickrichtungen gibt, aus denen

19 Koenen, a.a.O., S. 210.

20 Koenen, a.a.O., S. 47.

21 Weitere ähnliche Zitate in: *Der Stern*, Nr. 9 vom 25. 2. 1988, S. 206 ff.

22 So Hermann Schulz (der Verleger Ernesto Cardenas), in: *Nicaragua, eine amerikanische Version*, 1983, S. 79.

23 Ebd.

man die genannten Revolutionen betrachten kann: die realistische und die ideologische, also die Blickrichtung "von unten", aus den konkreten Erfahrungen des einfachen Volkes, und die Blickrichtung "von oben", aus den Intentionen der Machthaber und der Intellektuellen, die ihre Herrschaftsideologie vertreten. Diese Herrschaftsideologie macht sich das einfache Volk nur soweit zu eigen, als es geistig korrumpiert bzw. zu Kollaboration und Mitläufertum manipuliert ist. Was sich bei uns "Kirche von unten" nennt, solidarisiert sich uneingeschränkt mit den Machthabern z. B. in Nicaragua und der dortigen "Kirche von oben", der sog. Volkskirche, die, mit reichen Mitteln aus dem Westen ausgestattet, die Herrschaftsideologie vertritt und sich für die Erfahrungen des einfachen Volkes gar nicht interessiert.

Wie sehen die Erfahrungen in Nicaragua aus? Die Folter, die sich vor allem gegen Campesinos und Indianer richtet, steht den Methoden der schlimmsten Militärdiktaturen in nichts nach. Dazu gehört z. B. das 34 Stunden lange Aufhängen an den Handgelenken oder das 24 Stunden lange Aufrechstehen mit der Schlinge um den Hals. Wer es nicht durchsteht, bricht sich das Genick und fällt dann in die Kategorie der Verschwundenen. Es gibt Folter mit Stromstößen, Stehen in eiskaltem Wasser, Stehen auf Eisklötzen. Die Fesselung erfolgt - wie in allen Befreiungsstaaten - so:

Ein Arm wird von vorn über die Schulter auf den Rücken gezogen, der andere Arm von unten heraufgebogen, dann werden beide mit Handschellen verbunden. Diese Position ist außerordentlich schmerzhaft und dauert oft mehrere Tage und Nächte ununterbrochen an.²⁴

Dazu kommen verschiedene raffinierte Formen psychologischer Folter.

Der Hauptzweck ist: sie (die Gefangenen) sollen vorgefertigte Geständnisse unterschreiben. Diese dienen dann dem Volksgerichtshof als Grundlage für Verurteilungen - oft bis zu 30 Jahren.²⁵

Nicaragua ist folglich das Land Lateinamerikas mit der größten Zahl von politischen Flüchtlingen, die sich dem Zustand der Rechtlosigkeit, der Zwangskollektivierungen und Massenumsiedlungen entziehen wollen, aber auch der größten Zahl von Auswanderern, die das blanke wirtschaftliche Elend über die Grenzen treibt - von rd. 3 Millionen Einwohnern wurden rd. 500.000, also jeder Sechste, ins Exil getrieben.²⁶

Der andere heutige Modellstaat der "Befreiungs"bewegung ist Kuba. Ernesto Cardenal berichtet im "Kubanischen Tagebuch"²⁷, was er in Kuba gesehen und gehört hat, z. B. daß die Erziehung atheistisch ist, gläubige Katholiken diskriminiert werden und "viele junge Idealisten erschossen" wurden:

24 Lino Hernandez Trigueros (der Koordinator der nicaraguanischen Menschenrechtskommission, CPDH), in: *Rheinischer Merkur* vom 1. 12. 1987, S. 6.

25 Ebd..

26 Vgl. hierzu M. Kriele, *Nicaragua - das blutende Herz Amerikas*, 4. Aufl. 1986.

27 Ernesto Cardenal, *Kubanisches Tagebuch*, Gütersloh 1977.

Sie starben mit dem Ruf 'Es lebe Christus' auf den Lippen und wußten nicht, daß sie von der CIA und den Agenten Batistas manipuliert worden waren. Das ist das Traurige daran.²⁸

Über die Zeugen Jehovas: "Sie wurden praktisch ausgerottet."²⁹ Über die Homosexuellen: Sie

waren eigentlich eher glücklich in den Konzentrationslagern, so ein Ort, an dem sie alle konzentriert waren, mußte fast so etwas wie das Paradies für sie gewesen sein.³⁰

Nach solchen Berichten im heiteren, amüsierten Plauderton schildert Cardenal ein Gespräch mit dem "lider", dem Führer, indem er kein Wort über die Verfolgten verliert. Der Führer fragt Cardenal: "Der Sozialismus ist Brüderlichkeit, nicht wahr?" Antwort: "Ja, er ist Liebe."³¹

Dergleichen als Engagement "für die Armen und Unterdrückten" auszugeben, ist nur in einem Milieu möglich, das von Unwahrhaftigkeit und Unmenschlichkeit vollständig durchtränkt ist. Die Christen, die in diesem Milieu eine Heimat suchen, kann man nur warnen:

Hütet Euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu Euch kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind. An ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen (Matth. 7, 15 f.).

John M. Keynes sah es so: "Der Kommunismus ist keine Reaktion gegen den Fehlschlag (des Kapitalismus) ... Er ist vielmehr eine Reaktion gegen seinen relativen Erfolg. Er ist ein Protest gegen die Leere des wirtschaftlichen Wohlstands", ein "Appell an den Asketen in uns allen zugunsten anderer Werte". Es seien die Idealisten, "die allesamt mit dem Kommunismus spielen, weil er der einzige spirituelle Appell ist, der ihnen auf der Höhe der Zeit erscheint"³². Was ist das für ein spiritueller Appell?

XI. Der Großinquisitor als Archetyp

Einen Ansatzpunkt, der uns zur Antwort auf diese beunruhigende Frage führen kann, fand ich in einer neu erschienenen Schrift des russischen christlichen Autors Valentin Tomberg. Er weist darauf hin, daß die russische Sprache zwei verschiedene Worte für unser Wort "Mitleid" kennt: ssostrodánie und shalostj.

Ssostrodánie ist Mitleid mit einem Menschen, den man achtet, shalostj ist "mißachtendes Mitleid", "Jammer um ein Wesen, das man als zu schwach empfin-

28 Cardenal, a.a.O., S. 52.

29 Cardenal, a.a.O., S. 103.

30 Cardenal, a.a.O., S. 106.

31 Cardenal, a.a.O., S. 116.

32 Zitiert nach Koenen, a.a.O., S. 49.

det, um von sich aus etwas im Sinne der Befreiung aus einer leidvollen Situation tun zu können".

Es enthält in sich eine verborgene Mißachtung dem Wesen gegenüber, das man auf diese Weise bemitleidet. Man kann sowohl dieses Gefühl als auch die Ideologie, die es hervorrufen kann in den wichtigsten Menschheitsangelegenheiten, am besten verstehen, wenn man das Kapitel über den Großinquisitor aus dem Roman von Fjedor Dostojewski 'Die Brüder Karamasov' liest. Dort wird so deutlich, wie nirgendwo anders, der Unterschied zwischen der Liebe des Christus Jesus und derjenigen des Großinquisitors dargestellt. Während Christus durch seine Tat der Menschheit die denkbar größte Achtung entgegenbringt, ... ist der Großinquisitor der Überzeugung, daß die Menschheit nicht fähig ist, aus der Freiheit zu Christus zu kommen - der Irrtum des Christus müsse durch diejenigen gutgemacht werden, die bereit sind, das Kreuz der Bevormundung der Menschen zu tragen, indem sie die gesamte Verantwortung für die Menschheit allein übernehmen. Der Großinquisitor liebt nicht die Menschheit mit der Liebe, mit der sie Christus liebt; er empfindet bloß ein brennendes, aber mißachtendes Mitleid der Menschheit gegenüber. Die Freiheit soll - nach seiner Überzeugung - wenigen Auserwählten vorbehalten bleiben; die Masse der Menschheit soll aber geführt werden.

Valentin Tomberg spricht im weiteren vom christlichen Mitleid und unterscheidet es vom luziferischen Mitleid, das geistig Hochmut und Selbstüberhebung sei. Er erklärt den Enthusiasmus, der damit einhergeht, in Anlehnung an eine alte christliche Tradition aus dem Einfluß der Sphäre sog. "falschen Heiligen Geistes", den sog. "Lügendügel", der die Erde umgibt und den man erst durchdringen müsse, um zu der Liebe zu kommen, die auf der Achtung vor dem Menschen beruht.³³

Der russische Philosoph Vladimir Solowjow, ein Schüler und Freund Dostojewskis, hat in seiner 1899 geschriebenen Erzählung vom Antichrist - einer Zukunftsvision für das kommende Jahrhundert - denselben Gedanken anschaulich gemacht. Der Antichrist tritt keineswegs als brutaler Tyrann auf, sondern er gewinnt die Herzen der Menschen, indem er als Weltherrscher erstens den Frieden bringt und zweitens die soziale Frage löst. Dafür verzichten die Menschen freiwillig auf Recht und Freiheit. Solowjow war ein eigentümlicher Visionär: Sein Antichrist begann seine faszinierende Wirksamkeit als Theologe, und er erhielt später, auf dem Höhepunkt seiner Macht im 21. Jahrhundert, zusätzlich die theologische Ehrendoktorwürde (nebenbei: von der Theologischen Fakultät der Universität Tübingen). Zu diesem Zeitpunkt ist es nur noch eine kleine Schar von katholischen, evangelischen und orthodoxen Christen, die den Antichristen als den durchschauen, der er ist, und sich ihm widersetzen.

Die großen Russen wie Dostojewski, Solowjow und Valentin Tomberg haben dem Menschen tiefer ins Herz geblickt und geistige Entwicklungstendenzen früher erkannt als westliche Denker, die ihr Vertrauen allein in die rationale Aufklärung setzten und meinten, den Tendenzen zur Entrechtung des Menschen liege bloß ein Mangel an Realitätssinn und politischer Urteilskraft zugrunde. Wäre das der Fall, so

33 Valentin Tomberg, *Anthroposophische Betrachtungen über das Alte Testament*, Verlag Achamoth, Herdewangen-Schönach, 1989, S. 95 f.

würden Erfahrungsberichte und theoretische Analysen genügen, um Illusionen und Utopien zu überwinden. Wenn 1918 die Begeisterung für die leninistische Revolution als Naivität und irregeleiteter Idealismus gelten durfte, so kann sie heute, nach 70 Jahren Erfahrung und dem Vorliegen zahlreicher Erlebnisberichte und wissenschaftlicher Analysen, nur noch auf willentlicher Unwissenheit beruhen. Es handelt sich nicht um einen Gegensatz von Wissen und Nichtwissen, sondern um einen Gegensatz von Willensströmen. Der eine achtet den Menschen und hält deshalb willkürliche Verhaftung und Erschießung, Folter, Verschleppung, Ausweisung, Psychiatrisierung, Zwangskollektivierung und Massenumsiedlung für unbedingt unzulässig. Der andere nimmt sie gar nicht wahr, hält den Fächer der Königin davor, interessiert sich nicht dafür, sondern nur für die guten Befreiungsabsichten der Herrschenden.

Zum Selbstverständnis der Befreiungstheologie gehört das Engagement für die Armen und Entrechteten. Es gibt aber in der umfangreichen befreiungstheologischen Literatur, soweit ich sehe, kein einziges Beispiel dafür, daß sich dieses Engagement mit gleicher Betroffenheit auf die Armen und Entrechteten in den sozialistischen Staaten erstreckt. Solange das nicht der Fall ist, fehlt dieser Theologie der Ernst, die Tiefe, die Sittlichkeit und im Grunde auch die Christlichkeit. Sie ist vielmehr nur Ausdruck der Suche nach einem intellektuellen Welterklärungsmodell, nach einem Feind, dem sich alles Übel zurechnen läßt, nach einer Patentlösung für die Weltprobleme: der Kapitalismus sei das Böse, der Sozialismus die Lösung. Wer aber die Komplexität der Probleme so vereinfacht und über die konkreten Schicksale einfach hinwegblickt, mißachtet den Menschen, seine Würde und seine Freiheit. Die Rechtfertigung ist: sich seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, seiner Befreiung aus Armut und Unterdrückung anzunehmen. Pocht man aber auf diese Rechtfertigung selbst dort noch, wo die angebliche Befreiung die Menschen in größeres Elend und schlimmere Unterdrückung stürzt als zuvor, so kommt in dieser Unlogik zum Ausdruck, daß es sich um willentliche Unaufgeklärtheit handeln muß. Wenn das richtig ist, so bedarf es nicht der Belehrung, sondern der Bekehrung. Aufklärung wird nur wirksam unter Menschen, die von einer schon vorauszusetzenden Grundentscheidung ausgehen, daß nämlich der Mensch als Mensch Achtung verdient und daß seine Würde unantastbar ist.

Die Unaufgeklärtheit bezieht sich primär auf diesen Grundsatz der politischen Vernunft, nur sekundär auf Tatsachen. Wenn man von den willkürlichen Verhaftungen, Morden, Vertreibungen, Folterungen usw. nichts weiß, so nur, weil man es nicht für relevant hält und es gar nicht wissen will. Das Auffallende ist aber, daß viele "Befreiungs"enthusiasten es durchaus wissen, aber gleichgültig darüber hinweggehen. Sie sind nicht unaufgeklärt in ihrem Informationsstand, sondern in ihrer moralischen Grundhaltung.

Kurz: Der Archetypus des Großinquisitors erscheint in moderner, ökonomistischer Gestalt. Seine Kennzeichen sind folgende:

1. Auslieferung des Menschen an unumschränkte Herrschaft; Nichtanerkennung von Würde, Freiheit und Rechtsstellung des Menschen und der gewaltenteilenden Verfassungsinstitutionen, die ihre notwendige Bedingung sind.

2. Das Denken, Reden und Schreiben orientiert sich nicht an der Wahrheit, sondern an den Zweckmäßigkeiten der Herrschaftsausübung.

3. Rechtfertigung dessen mit mitleidsvoller Sensibilität "für die Armen und Unterdrückten".

4. Bruch mit den Traditionen der Moral, des Rechts und der religiösen Überlieferung; damit Zerstörung der Konsensgrundlagen des Gemeinns. Revolution aus selbstgesetzten Zwecken. Der Zweck heiligt die Mittel.

5. Damit einhergehend Tendenz zu radikaler Freund-Feind-Polarisierung und zum Fanatismus.

6. Unterwanderung, Aushöhlung, Umfunktionierung der Kirchen.

7. Rechtsfragen gelten als Machtfragen: das Recht wird zum "Recht des Stärkeren". Es kommt darauf an, der Stärkste zu werden.

Der Mythos der "Befreiung" ist Ausdruck des Anspruchs, zum modernen Großinquisitor berufen zu sein. Aus diesem Mythos können weder die Aufklärung über Wirklichkeiten noch der rationale Diskurs erlösen, sondern nur die tiefgreifende, den Menschen im Innersten erschütternde und umstürzende Katharsis. Diese Katharsis läßt sich lange verzögern, aber nicht endgültig aufhalten. Eine große Zahl der von Gerd Koenen zitierten Tyrannenschmeichler kam nach einer gewissen Zeit zur Einsicht, Scham und dem Willen zur Wiedergutmachung. In Frankreich gab es in den 70er Jahren, nach dem Erscheinen der Werke Alexander Solschenizyns, ein richtiges Erwachen unter den Intellektuellen. Es gehört zur menschlichen Natur, daß sie im Grunde auf das Gute ausgerichtet ist, und dieser wahren Natur hatte es widersprochen, jahrzehntelang der - nach Hitler - zweitschlimmsten Tyrannei der Weltgeschichte zu Diensten gewesen zu sein.

Wer von dem Unrecht dieser Welt wirklich betroffen ist und Gerechtigkeit und Befreiung ernstlich will, der steht irgendwann in seinem Leben vor der Grundfrage der politischen Aufklärung: Unter welchen Bedingungen können die Menschen, ihrer wahren Natur gemäß, friedlich und freundlich zusammenleben - und zwar wirklich? Dann wird er sich der Antwort der politischen Aufklärung nicht mehr verschließen: Sie können es nur im Rechtszustand. Und dann wird er die unbedingte Verpflichtungskraft der Menschenwürde und der in ihr wurzelnden Rechte anerkennen - nicht nur der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, die eigentlich Staatspflichten und auch für Despoten verbindlich sind, sondern auch der bürgerlichen und politischen Grundfreiheiten, deren juristische Geltung auf Gewaltenteilung angewiesen ist.